

# BUNDESTAGSREPORT

## DER LANDESGRUPPE BRANDENBURG

**DIE LINKE.**  
 I M B U N D E S T A G


Dagmar Enkelmann - Wolfgang Neskovic - Kirsten Tackmann - Lothar Bisky - Diana Golze

## Lohndiskriminierung von Frauen ist ein gesellschaftlicher Skandal

### von Kirsten Tackmann

Die Lohndiskriminierung von Frauen in der Bundesrepublik ist ein gesellschaftlicher Skandal. Bislang war der mediale Aufschrei erstaunlich kurz angesichts der Tatsache, dass Deutschland mit 24% weit über dem Durchschnitt von 15% der EU-27 bei der Entgeltgleichheit liegt, dass ist der drittletzte Platz. Offensichtlich sind gerade in unserem Land die patriarchalen Strukturen noch fest verankert. Eine Reaktion der Kanzlerin dazu ist nicht überliefert, was ihre frauenpolitische Inkompetenz bestätigt aber auch zeigt, dass es nicht nur darauf ankommt, Frauen an wichtige Schaltstellen zu bringen, sondern dass es die richtigen sein müssen.

In den Dörfern und kleinen Städten werden erwerbstätige Frauen noch diskriminierender um ihren gerechten Lohn gebracht: indiskutable 33% beträgt hier der Entgeltunterschied nach einer aktuellen Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW)! Konkret heißt das: für die gleichwertige Arbeit erhalten Männer zum Beispiel 18 Euro brutto pro Stunde, Frauen dage-

gen nur 12 Euro. Übrigens ist der Lohnunterschied in Ostdeutschland deutlich geringer. Aber nicht, weil die Frauen weniger diskriminiert werden, sondern weil ostdeutsche Arbeitnehmer deutlich weniger Lohn erhalten als ihre Westkollegen.

Damit Frauenland nicht länger abgebrannt bleibt hat DIE LINKE im Bundestag zum Beispiel beantragt: 8.71 Euro als gesetzlichen Mindestlohn einzuführen. Zur Beseitigung von Entgeltdiskriminierung schlägt DIE LINKE konkrete Maßnahmen vor u.a. ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft sowie die Förderung von Arbeitgeberzusammenschlüssen in den ländlichen Räumen und pro-aktive gesetzliche Regelungen zur Überwindung der Lohndiskriminierung.

Frauen wollen und haben das Recht auf fair bezahlte und sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse. Sie brauchen sie zur Sicherung ihrer Existenz und zum Aufbau einer eigenständigen Altersversorgung. Darum hat die LINKE diese Woche einen eigenen Antrag ins Plenum gebracht: „Entgeltgleichheit zwischen den Geschlechtern wirksam durchsetzen“.



### In dieser Ausgabe:

**Kinder in Hartz IV bleiben wieder einmal außen vor!**

**Diana Golze**

**BND-Affäre im Kosovo**  
**Wolfgang Neskovic**

**Redeauszug zum Europäischen Rat**  
**Lothar Bisky**

**Rentenangleichung Ost mit Trittbrettfahrern**  
**Dagmar Enkelmann**

**Pressemitteilungen der Landesgruppenmitglieder**

**Anträge und Parlamenten-**

**Ergebnis der Namentliche Abstimmungen**

**Kleine Anfragen**

**Kinder in Hartz IV bleiben wieder einmal außen vor!**

von Diana Golze

Äußerst unangenehm ist der Regierung die Tatsache, dass auch Kinder, deren Familien auf das ALG II angewiesen sind, eigentlich nicht vom Abitur ausgeschlossen werden sollten. Zumindest kann man dies der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE ("Kein Abitur für Schulkinder im Hartz IV-Bezug"; Drs. 16/10925) entnehmen.

Gemeinsam mit allen Verbänden und Sachverständigen hat DIE LINKE den Handlungsdruck auf die Bundesregierung erhöht. In einer Kleinen Anfrage zum Schulbedarfspaket in Höhe von 100 Euro jährlich für Schülerinnen und Schüler in Hartz IV wollte DIE LINKE von der Regierung wissen, warum dies nur bis zur zehnten Klasse gewährt wird. Doch, statt unsere Fragen zu beantworten, verwies die Regierung auf das laufende Gesetzgebungsverfahren. Im Lauf dieser Woche platzte nun aber der Deal zwischen SPD und CDU/CSU - es bleibt also bei dieser Be-



nachteiligung.

Vollends lächerlich macht sich die Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Frage, ob Kinder in Hartz IV von der Kindergelderhöhung profitieren würden. Zwar gibt sie zu, dass der Erhöhungsbetrag des Kindergeldes voll auf Hartz IV angerechnet wird, behauptet dann aber trotzdem: "Es trifft nicht zu, dass die Kinder nicht von der Kindergelderhöhung profitieren, da sie nach der Neuregelung in geringerem Umfang auf staatliche Fürsorgeleistungen

angewiesen sind." Im Klartext: Die Regierung kürzt Hartz IV für Kinder exakt um den Betrag der Kindergelderhöhung - und behauptet dann auch noch, die Kinder würden davon profitieren. Das ist absolut zynisch!

**DIE LINKE** bleibt daher bei der Forderung nach einem kurzfristig zu ermittelnden eigenständigen Kinderregelsatz und arbeitet weiter am Konzept einer bedarfsorientierten Kindergrundsicherung für alle Kinder.

**BND-Affäre im Kosovo**  
 von Wolfgang Neskovic

Die Verhaftung von drei Mitarbeitern des Bundesnachrichtendienstes im Kosovo und deren Entlassung aus der Untersuchungshaft am vorvergangenen Freitag haben die Öffentlichkeit stark beschäftigt. Als vorläufiges Fazit kann man der Bundesregierung zwar eine trickreiche Pressearbeit bescheinigen, muss ihr aber mangelndes Engagement bei den Bemühungen um die Freilassung der drei Beamten vorwerfen.

Gegenüber der deutschen Öffentlichkeit wies die Bundesregierung jegliche Verwicklung der drei BND-Mitarbeiter in den Sprengstoffanschlag auf die EU-Vertretung von Anfang an energisch zurück. Ein Motiv für die drei Agenten ist auch nicht ersichtlich. Die Darstellung der Bundesregierung wurde in der Öffentlichkeit deshalb nicht ernsthaft in Zweifel gezogen.

Der Koalition genügte das aber offensichtlich nicht. Um auf Nummer sicher zu gehen, ließ sie mit Hilfe ihrer Zwei-Drittel-Mehrheit auch über das Parlamentarische Kontrollgremium ihre Version von der Unschuld der BND-Mitarbeiter verbreiten.



Das Parlamentarische Kontrollgremium ist aber kein Organ zur Unterstützung der Pressearbeit der Bundesregierung. Dem Parlamentarischen Kontrollgremium fehlte für eine eigene Einschätzung schon die notwendige Tatsachengrundlage. Mit auf Treu und Glauben abgegebenen Erklärungen werden die Kontrollaufgaben des Gremiums unterminiert.

Gegenüber der Regierung des Kosovo vermittelte die Bundesregierung dagegen einen eher phlegmatischen Eindruck. Insbesondere Außenminister Steinmeier hätte sich persönlich und öffentlich mit Nachdruck für die Freilassung der Agenten einsetzen müssen. Statt-

dessen hat er geschwiegen und auch erkennbar nicht den maximalen diplomatischen Druck zur Freilassung der Agenten aufgebaut. Dieses Nicht-handeln von Steinmeier erinnert fatal an sein Versagen im Fall Murat Kurnaz.

Eine Mitschuld trifft die Bundesregierung in jedem Fall: Sie hat mit dem Kosovo ein Gebilde anerkannt, bei dem bekannt war, dass es ein Zentrum der organisierten Kriminalität darstellt und in dem der heutige Regierungschef Thaci in einem BND-Bericht als Schlüsselfigur der organisierten Kriminalität beschrieben wird.

**Redeauszug zum Europäischen Rat**  
**von Lothar Bisky**

Der Europäische Rat wird eine Fülle von Themen behandeln, die sich wechselseitig durchdringen. Wir alle wissen, dass wir komplexe Antworten brauchen.

Aktuell befinden wir uns in der tiefsten finanziellen, wirtschaftlichen und sozialen **Krise** seit Jahrzehnten. Diese Krise betrifft die Menschen weltweit; sie gefährdet Einkommen, soziale Sicherheit und bei den Schwächsten gar die Existenz. Die Krise entstand aus unverantwortlichem Handeln der politischen und ökonomischen Eliten.

Sie ist Folge des neoliberal globalisierten Kapitalismus, der ungezügelt Raffgier und von Finanzspekulationen. Kurz: Sie ist die Konsequenz aus fehlender Transparenz, zu geringer Kontrolle und mangelnder Regulierung.

Die **neoliberale Ausrichtung** der Wirtschaft wurde der EU und den europäischen Volkswirtschaften nicht von außen aufgezwungen. Sie war politisch gewollt, und sie ist durch die Einheitliche Europäische Akte und den Vertrag von Maastricht durchgesetzt worden.

...

Meine Damen und Herren, wir lehnen diesen Weg ab, denn unser Nein zum Vertrag von Lissabon ist von unseren **proeuropäischen Hoffnungen** getragen. Die Linke will



eine andere Politik. Sie will ein besseres Europa, das auf wirtschaftlichem und sozialem Fortschritt beruht und in dessen Mittelpunkt die Bürgerinnen und Bürger stehen. Wir Linken kämpfen für den Ausbau und die Wiederherstellung sozialer Errungenschaften. Wir wollen eine Politik der Solidarität und Zusammenarbeit, die auf Vollbeschäftigung und einen vernünftigen Umgang mit der Natur zielt.

Die **Vorschläge der EU-Kommission** und der Mitgliedstaaten zur Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise greifen zu kurz: Ein Finanzsystem, das nur mit massiven staatlichen Bürgschaften wieder flottgemacht werden kann, gehört dauerhaft unter öffentliche Kontrolle. Die Konjunkturprogramme von Bundesregierung und EU-Kommission sind zu gering ausgestattet. So kann die aktuelle Krise nicht wirksam bekämpft werden. Es ist richtig, **Opel** zu helfen, aber es gilt, zu verhindern, dass das Geld der Steuerzahlerinnen

und Steuerzahler für CO<sub>2</sub>-Killer-Autos verwendet und an den Mutterkonzern General Motors fließt.

...

Die EU-Kommission hat angekündigt, Hilfsmaßnahmen zur Rettung von Arbeitsplätzen zu erleichtern und die Regeln für staatliche Beihilfen zu lockern □ wir unterstützen das □, das reicht aber nicht. Die Genehmigungspflicht bei Subventionen im Rahmen einer Konjunktur- und Strukturpolitik muss infrage gestellt werden. Überdies brauchen wir ein besseres EU-Recht zur **Auftragsvergabe**.

Es ist höchste Zeit, dass die Europäische Zentralbank zu einer wirtschaftspolitischen Zielorientierung verpflichtet wird und die Daseinsvorsorge vom Deregulierungs- und Privatisierungsdruck befreit wird.

...

Wir Linke wollen die neoliberale und auf Militärinterventionen ausgerichtete EU-Politik stoppen. Nur wenn das gelingt, wird die europäische Integration zu einem sozialen und friedenssichernden Europa führen, zu einem Europa, zu dem die Menschen Ja sagen. Nur wenn die Menschen dieses Europa bejahen, wird es auf Dauer von Bestand sein.

### Rentenangleichung Ost mit Trittbrettfahrern von Dagmar Enkelmann

Ohne die LINKE - das kann man mit Fug und Recht sagen - würde die Angleichung der ostdeutschen Renten ans Westniveau nicht so intensiv diskutiert, wie das gegenwärtig der Fall ist. Das ist auch gut so. Fast 20 Jahre nach der Einheit ist es untragbar, dass ein Rentenkpunkt Ost noch immer 12 Prozent weniger wert ist als ein Rentenkpunkt West. Diese Benachteiligung betrifft nicht nur die heutigen Rentnerinnen und Rentner. Alle, die jetzt in den neuen Länder sozialversichert beschäftigt sind, werden im Alter zu spüren bekommen, dass ihre Rentenkpunkte niedriger bewertet werden als die Rentenkpunkte im Westen.

Die Bundesregierung wie auch die Länderregierungen im Osten weigern sich hier zu handeln. Ihnen ist die Rentenangleichung zu kompliziert oder zu teuer. Geht es nach ihnen, müssen die ostdeutschen Bürgerinnen und Bürger vermutlich bis zum Jahr 2050 auf die Angleichung warten.

DIE LINKE hatte im Oktober 2007 ihren Antrag zur Angleichung des aktuellen Rentenwerts (Ost) an den aktuellen Rentenwert West (Drs.16/6734) eingebracht. Bis 2012, so unser Vorschlag, könnte mit Hilfe eines Stufenplans in diesem Punkt die



Renteneinheit erreicht werden. Diese Initiative erfreut sich politischer Trittbrettfahrer. Mittlerweile haben auch die Fraktionen von FDP und Bündnis90/Die Grünen Anträge zu den Ost-Renten eingebracht. Diese FDP will im Jahr 2010 die Werte, mit denen in der Sozialversicherung gerechnet wird - also auch den Rentenwert - vereinheitlichen. Dies würde für den Westen eine Schlechterstellung bedeuten, aber auch für den Osten, weil dort zugleich die jetzt noch geltende Höherwertung der Einkommen wegfallen soll. Die Grünen wollen - wie die FDP - einheitliche Bezugsgrößen bei der Rentenberechnung, diese schon ab 2009. Dazu soll es eine steuerfinanzierte Höherbewertung der Rentenkpunkte geben, allerdings nur noch für Geringverdienende.

Beide Vorschläge kann DIE LINKE nicht mittragen, auch weil sie letzten Endes das Ziel haben, die Kosten für die Rentenangleichung Ost nach unten zu drücken. Diese würde - wie eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE ergab - ab 2012 jährlich rund 6 Milliarden Euro kosten, einschließlich übrigens der Beibehaltung der Höherbewertung. Auch wenn unser Antrag am Donnerstag von allen anderen Fraktionen abgelehnt wurde, bleiben wir dabei: Ohne die rasche Angleichung des Rentenwerts Ost ans Westniveau kann es keine Rentengerechtigkeit und keine grundgesetzlich vorgeschriebenen gleichwertigen Lebensverhältnisse geben.

### **Pressemitteilungen und Reden der Landesgruppenmitglieder:**

<http://www.dagmar-enkelmann.de>



- **Gute Arbeit statt Frisieren an der Statistik**

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1293898641>

<http://www.diana-golze.de>



- **Rede zum Einzelplans 17 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend des Bundeshaushaltes**

<http://www.diana-golze.de/bundespolitik/reden/detail/zurueck/reden/artikel/-76edd229e2/>

<http://www.wolfgang-neskovic.de/>



- **Wo war Steinmeier?**

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1284840463>

- **PKG ist kein Presseorgan der Bundesregierung**

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1252252081>

- **BKA-Gesetz bleibt ein rechtsstaatliches Missverständnis**

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1218285534>

<http://www.kirsten-tackmann.de>



- **Nahrung braucht Boden**

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1256159152>

- **EU-Umweltminister müssen gentechnikfreie Landwirtschaft sichern.**

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1253021183>

- **Pestizideinsatz in Europa: Harmonisieren und weiter reduzieren!**

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1225671914>

- **CDU will das Selbstbestimmungsrecht der Frauen weiter einschränken**

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1292050742>

**Anträge DIE LINKE dieser Sitzungswoche:**



**Antrag „Angleichung des aktuellen Rentenwerts (Ost) an den aktuellen Rentenwert“**

**Drs. 16/6734** [http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7758553517\\_1606734.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7758553517_1606734.pdf)

Es geht darum, den Rentenwert Ost an denjenigen in Westdeutschland anzugleichen. Grund ist im Wesentlichen die angeglichenen Lebenshaltungskosten in Ost wie West, die geringere Renten im Osten nicht mehr rechtfertigen können. Die Angleichung soll stufenweise und steuerfinanziert erfolgen.

**Entschließungsantrag zur dritten Beratung eines Gesetzes zur Förderung von Familien und haushaltsnahen Dienstleistungen**

**Drs. 16/11188** [http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7706580762\\_1611188.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7706580762_1611188.pdf)

Das steuerfreie Existenzminimum und damit der Kinderfreibetrag und das Kindergeld sind zu niedrig. Dazu kommt, dass Eltern mit hohem Einkommen einen höheren Vorteil aus dem dualen System haben, als Eltern mit niedrigen und mittleren Einkommen. Aus diesem Grund sollen das Existenzminimum und das Kindergeld angehoben werden.

**Antrag „Kindergelderhöhung sofort auch bei Hartz IV wirksam machen“**

**Drs. 16/10616** [http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7735059108\\_1610616.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7735059108_1610616.pdf)

Die geplante Kindergelderhöhung um 10 Euro bzw. um 16 Euro ab dem dritten Kind soll nicht bei Familien in Hartz IV auf die Regelleistung des Kindes angerechnet werden, bis der Regelsatz für Kinder dem existenznotwendigen Bedarf von Kindern angepasst wurde. Sie sollen auch von der Erhöhung des Kindergeldes profitieren können. Eine solche Regierungsmaßnahme hatte auch Rot-Grün 1999 bei der Kindergelderhöhung vorgenommen.

**Antrag „Hochschulpakt II für mehr Qualität, soziale Öffnung und zur Ausfinanzierung des deutschen Hochschulsystems vereinbaren“**

**Drs. 16/11178** [http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7791670674\\_1611178.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7791670674_1611178.pdf)

Der laufende Hochschulpakt ist auf Grund seiner Unterfinanzierung aber auch wegen der Unverbindlichkeit ein Flop. Obwohl bis 20015 275.000 junge Menschen zusätzlich eine Hochschulzugangsberechtigung erwerben, bauen die Länder kaum neue Studienplätze auf. DIE LINKE fordert in diesem Antrag die Bundesregierung auf, schnellstmöglich zu einer verbindlichen Vereinbarung mit den Ländern über einen Hochschulpakt II zu kommen. Dieser muss den Aufbau eines bedarfsgerechten Studienangebots sichern.

**Antrag „Europäische Nachbarschaftspolitik zur Förderung von Frieden und Stabilität im Südkaukasus nutzen“**

**Drs. 16/8186** [http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7704319764\\_1608186.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7704319764_1608186.pdf)

Die LINKE fordert eine faire, partnerschaftliche EU-Nachbarschaftspolitik, die soziale Aspekte berücksichtigt und den Empfängerländern eine selbstbestimmte Entwicklung zugesteht. Die LINKE unterstreicht ihre antimilitaristische und friedenspolitische Position in ihren Forderungen zur Lösung der südkaukasischen Regionalkonflikte.

**Antrag „Hermes-Bürgerschaft für das Ilisu-Staudammprojekt zurückziehen“**

**Drs. 16/9308** [http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7797088806\\_1609308.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7797088806_1609308.pdf)

Februar 2008 legte eine Expertenkommission einen Bericht vor, der nachweist, dass die Türkei zahlreiche der Auflagen nicht erfüllt. Die Türkei missachtet durch Zwangsenteignung Menschenrechte, die ökologischen Folgen für Wasserhaushalt und biologische Vielfalt sind unabsehbar. Die deutsche Beteiligung ist sofort zu stoppen.

### Anträge DIE LINKE dieser Sitzungswoche:

#### **Antrag: „Entgeltgleichheit zwischen den Geschlechtern wirksam durchsetzen“**

**Drs. 16/11192** [http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7797885825\\_1611192.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7797885825_1611192.pdf)

Der Antrag verfolgt das Ziel, die ungleiche Entlohnung von Frauen gegenüber Männern aufzuheben. Die Tarifparteien sollen verbindlich daran mitwirken, dass Frauen das gleiche Entgelt bei gleichwertiger Arbeit erhalten. Insbesondere die Einführung des Mindestlohnsektors würde zu mehr Geschlechtergerechtigkeit führen, da der Niedriglohnsektor überwiegend weiblich ist.

#### **Entschließungsantrag und Änderungsantrag zum Gesetzentwurf zum Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen sowie zum Fakultativprotokoll**

**Drs. 16/11244** [http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7749862881\\_1611244.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7749862881_1611244.pdf)

Die UN-Behindertenrechtskonvention hebt die Behindertenpolitik endlich von der Ebene der Fürsorge auf die Ebene der Menschenrechtspolitik. Allein mit der Ratifikation der Konvention ergeben sich aber noch keine subjektiven Ansprüche. DIE LINKE fordert deshalb von der Bundesregierung, ein Umsetzungsprogramm vorzulegen, damit relevante Gesetzesänderungen eingeleitet werden. Außerdem soll die Bundesregierung in Kooperation mit Behindertenverbänden die mangelhafte deutsche Übersetzung überarbeiten.

#### **Antrag „Sozialticket für die Deutsche Bahn“**

**Drs. 16/10264** [http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7781060173\\_1610264.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7781060173_1610264.pdf)

In immer mehr Regionen streiten soziale Initiativen zusammen mit der LINKEN für die Einführung eines Sozialtickets für den öffentlichen Nahverkehr. Dem steht für den Bahn-Fernverkehr keine vergleichbare Initiative oder Möglichkeit gegenüber. Als notwendige Ergänzung tritt DIE LINKE daher für ein Sozialticket für die Deutsche Bahn ein und fordert die Bundesregierung auf, ihren Einfluss hierfür geltend zu machen.

#### **Antrag: „Die eigenständige Existenzsicherung von Stiefkindern sicherstellen - § 9 Abs. 2 Satz 2 SGB II reformieren“**

**Drs 16/9490** [http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7759776202\\_1609490.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7759776202_1609490.pdf)

Für Sozialgeld beziehende Kinder im SGB II (Hartz IV) ist das Einkommen und Vermögen von Stiefeltern bei der Bedarfsermittlung zu berücksichtigen. Dies bedeutet die Einführung einer faktischen Unterhaltsverpflichtung, die durch das BGB nicht gedeckt ist. Durch die Regelung ist die Existenz von Stiefkindern gefährdet, da zivilrechtlich eine faktische Unterhaltsleistung nicht eingeklagt werden kann. Dies muss korrigiert werden.

#### **Antrag „Mitbestimmungsrechte von Kindern und Jugendlichen erweitern – Partizipation umfassend sichern“**

**Drs 16/7110** [http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7734710434\\_1607110.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7734710434_1607110.pdf)

Zur Stärkung der Rechte von Kindern und Jugendlichen wird an den Orten angesetzt, wo sich Kinder und Jugendliche in der Regel aufhalten (in Kindertagesstätten, Schulen, Horten, Jugendklubs und -zentren, am Ausbildungsplatz/Studium etc.). Soziale Absicherung ist die Grundvoraussetzung jeglicher Beteiligung an demokratischen Entscheidungsprozessen. Statt eines bloßen Versprechens zu mehr Partizipation ist deshalb eine rechtsförmige Verankerung von konkreten Mitbestimmungsrechten wichtig.

#### **Antrag „Arbeitslosenversicherung stärken, Ansprüche sichern, öffentlich geförderte Beschäftigte einbeziehen“**

**Drs. 16/10511** [http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7734814125\\_1610511.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7734814125_1610511.pdf)

Mit jeder sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit soll eine Arbeitnehmerin oder ein Arbeitnehmer auch die Chance haben, sich für den Fall der erneuten Arbeitslosigkeit durch Beitragszahlung in die Arbeitslosenversicherung abzusichern. Die Arbeitslosenversicherung wird durch einen umfassenden Rahmen der Beitragszahler gestärkt.

# BUNDESTAGSREPORT

## DER LANDESGRUPPE BRANDENBURG



### **Antrag „Handlungsfähigkeit der Bundesagentur für Arbeit erhalten, auf Senkung der Beitragssätze verzichten“**

**Drs. 16/10618** [http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7748925051\\_1610618.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7748925051_1610618.pdf)

Bereits jetzt ist absehbar, dass die Finanzmarktkrise nicht ohne Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt sein wird. Um dem zu erwartenden Anstieg an Arbeitslosen entgegenzuwirken benötigt die BA für eine aktive Arbeitsmarktpolitik die entsprechenden finanziellen Mittel. Die geplante Beitragssenkung führt aber dazu, dass die BA 2009 noch ein größeres Defizit als bisher angenommen ausweisen wird. Nach Prognosen beträgt dies 2,5 bis 5 Milliarden €.

### **Antrag „Verbesserung des Verbraucherschutzes bei Erwerb von Kapitalanlagen“**

**Drs. 16/11185** [http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7727727896\\_1611185.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7727727896_1611185.pdf)

Bei der Bewältigung der Finanzkrise wurden die Verbraucherinnen und Verbraucher vergessen. Tausende Menschen haben ihre Rücklagen fürs Alter verloren. Ursache für den Verlust waren oftmals Falschberatungen. Die Beratungspflichten von Anlageberatern und Bankern sind deshalb zu erweitern und die Haftung der Finanzinstitute zu verschärfen.

### **Antrag „Die allgemeine Erklärung der Menschenrechte, der Zivil- und Sozialpakt – Grundlagen für einen unteilbaren und universellen Menschenrechtsschutz“**

**Drs. 16/11189** [http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7724321271\\_1611189.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7724321271_1611189.pdf)

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Staat, der einen ausgeprägt hohen Menschenrechtsstandard aufweist. Aber auch die Bundesrepublik Deutschland hat noch unausgeschöpfte Potenziale. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes liegt der Bruttostundenverdienst von Frauen aber um 23 Prozent unter dem der Männer. Auch das fundamentale Grundprinzip guter Arbeit, dass jeder von seiner Arbeit in Würde leben können muss, ist in der Bundesrepublik Deutschland nicht gesichert.

### **Antrag „Bei öffentlichen Aufträgen sozial-ökologische Anliegen und Tarifreue durchsetzen“**

**Drs. 16/6930** [http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7714662513\\_1606930.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7714662513_1606930.pdf)

Eine Reform des Vergaberechts auf Bundesebene soll die Einhaltung von Tarifreue (bzw. von der Bezahlung eines Mindestlohns bei darunter liegenden Tarifvereinbarungen), von internationalen Arbeits- und Menschenrechtsstandards sowie von klima- und umweltpolitischen Kriterien im öffentlichen Beschaffungswesen sicherstellen. Zudem soll der Faire Handel unterstützt werden. Für die Vergabestellen der Bundeseinrichtungen bedarf es konkreter Umsetzungs-, Kontroll- und Qualifizierungsmaßnahmen.

### **Antrag „Tarifreue europarechtlich absichern“**

**Drs. 16/9636** [http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7714662513\\_1606930.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7714662513_1606930.pdf)

Die Tarifautonomie wird weiter ausgehöhlt, wenn nicht einmal mehr die öffentliche Hand bei von ihr bezahlten Dienstleistungen auf einer tariflichen Entlohnung besteht. DIE LINKE im Bundestag fordert nach dem Skandal-Urteil des EuGH eine soziale Fortschrittsklausel in den europäischen Verträgen sowie Klarstellungen in den entsprechenden EU-Richtlinien und dem bundesdeutschen Vergaberecht. Die Richter des EuGH brauchen klare Grenzen.

### **Geszentwurf „Änderung des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“**

**Drs. 16/8980** [http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7701714502\\_1608980.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7701714502_1608980.pdf)

Offenlegung der Tätigkeiten und Einkünfte der Mitglieder des Sachverständigenrates, um Einflussnahme der Privatwirtschaft auf die Analysen und Empfehlungen des Sachverständigenrates und der daraus folgenden Entscheidungen der Bundesregierung zu vermeiden.

### Namentliche Abstimmungen in dieser Woche

Abgestimmt wurde der Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung über den Entwurf eines Gesetzes zur Förderung von Familien und haushaltsnahen Dienstleistungen Familienleistungsgesetz - FamLeistG)

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/112/1611224.pdf>

Fraktion	Ja	Nein	Enthaltung
CDU/CSU	0	200	0
SPD	0	129	3
FDP	0	1	55
<b>DIE LINKE</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>45</b>
B90/Grüne	48	0	0

### Weitere Parlamentarische Initiativen: Kleine Anfragen

#### Auswirkungen des Gesundheitsfonds auf Rentnerinnen und Rentner

Von der Festsetzung eines allgemeinen Beitragssatzes zur gesetzlichen Krankenversicherung im Rahmen der Einführung des Gesundheitsfonds, der in den meisten Fällen eine Erhöhung für die Versicherten bedeutet, sind Rentnerinnen und Rentner in besonderer Weise betroffen. Denn sie profitieren nicht von der zeitgleich in Kraft tretenden Senkung des Arbeitslosenversicherungsbetrags. Die KA thematisiert die möglichen negativen Auswirkungen des Gesundheitsfonds für Rentnerinnen und Rentner.

**Antwort:** [http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7756618011\\_1610992.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7756618011_1610992.pdf)

#### Ansprungen für Rücklagen beim Arbeitslosengeld II

Skandalisierung der in der Arge Köln an Beantragende von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II ausgereichten und von diesen zu unterschreibenden Belehrung über notwendige Ansparungen für Rücklagen, deren Geldbeträge in der Regelleistung enthalten sind

**Antwort:** [http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7725282606\\_1610960.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7725282606_1610960.pdf)

#### Zur Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente

Am 05. Oktober hat der Koalitionsausschuss von CDU/CSU und SPD das Gesetz zur Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente beschlossen. Zu einem ersten Entwurf des Gesetzes befragten wir die BR bereits, um detailliertere Informationen zu erhalten. Ein Großteil der Fragen wurde jedoch mit Verweis auf das noch laufende Abstimmungsverfahren nicht beantwortet. Die Beantwortung jener Fragen sollte nun möglich sein.

**Antwort:** [http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7766932413\\_1611153.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7766932413_1611153.pdf)

#### Neuausrichtung der Arbeitsmarktpolitik und die drohende Wirtschaftskrise

Problematisierung der Wirksamkeit und Krisenfestigkeit der Arbeitsmarktinstrumente sowie der Qualität der Vermittlung von Erwerbslosen in nachhaltige Beschäftigungsmöglichkeiten und deren Voraussetzungen

**Antwort:** [http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7763074421\\_1611114.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7763074421_1611114.pdf)

#### Probleme bei der Gewährung von Kinderzuschlag und Wohngeld im SGB II

Offenlegung des Verfahrens bei der Antragstellung und Gewährung von Kinderzuschlag und bestehender Defizite und Probleme für die Betroffenen und Beschäftigten.

**Antwort:** [http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7754066216\\_1610984.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7754066216_1610984.pdf)

**News-  
letter**  
Jetzt **DIE LINKE.**  
abonnieren

**Sie können den Newsletter der Landesgruppe kostenfrei abonnieren.**

**Mail an:** [kirsten.tackmann.\(at\)bundestag.de](mailto:kirsten.tackmann.(at)bundestag.de)

Der Bundestagsreport erscheint jeden Freitag einer Sitzungswoche!